

FRANZ KÜNSTLER
M. d. R.

KOMMUNISTISCHE KATASTROPHENPOLITIK



PREIS 20 $\frac{1}{2}$

VERLAG J.H.W. DIETZ NACHE, G.M.B.H. BERLIN SW 68

Wir und die Kommunisten!

Die deutsche Arbeiterbewegung ist im Kampf um die politischen und sozialen Forderungen des Proletariats geschwächt. Das ist leider eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Nicht als ob die Widerstandskraft der Reaktion und Scharfmacher unüberwindbar wäre. Nein! Der seit zwölf Jahren sich von Tag zu Tag verschärfende Kampf Arbeiter gegen Arbeiter hat die Aktionskraft der gesamten deutschen Arbeiterbewegung gelähmt.

Die Sozialdemokratie ist organisatorisch trotz aller Angriffe und Verleumdungen ihrer politischen Gegner von Jahr zu Jahr erstarkt. Aber die Arbeiterschaft als Klasse hat durch den zersetzenden Kampf der Kommunisten viel an Macht und Einfluß verloren. Der Arbeiter im Betriebe weiß ein Lied davon zu singen.

In der Vorkriegszeit:

Einheit und Geschlossenheit im Kampf gegen das brutale Unternehmertum.

Heute:

Zwietracht und Uneinigkeit schon am ersten Tag einer jeden Aktion.

Fazit:

Der Klassenfeind nützt die Uneinigkeit des Proletariats aus und tritt der Arbeiterschaft in der Erkenntnis ihrer verringerten Widerstandskraft mit aller Schroffheit entgegen.

Das muß anders werden!

Es ist die Pflicht aller denkenden Arbeiter, den Zerstörern einer geschlossenen proletarischen Front das Handwerk zu legen. Wir müssen zurück zu der großen und einheitlichen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit, wenn nicht die Arbeiterklasse Deutschlands viel, sehr viel von ihrer Kampffähigkeit einbüßen soll.

Jeder Tag, an dem sich die Proletarier gegenseitig bekämpfen, ist einer verlorenen Schlacht gleichzusetzen. Ausgerechnet die Zeit schwerster Wirtschaftskrise mit einem Viel-Millionenheer erwerblosler Männer, Frauen und Jugendlichen, der Lohn- und Gehaltsabbau-Offensive der Unternehmer haben sich die Kommunisten ausgesucht, um neben der politischen Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse auch noch die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen.

Im Berliner Metallarbeiterstreik hat die Kommunistische RGO. das Spiel des „Verbandes Berliner Metallindustrieller“ getrieben.

Drei Tage nach der Septemberwahl zum Reichstag forderte Abgeordneter Thälmann auf einer Konferenz in Berlin die selbständige kommunistische Gewerkschaftsorganisation.

Die Aufforderung zur Zerschlagung der Gewerkschaften kleidete er in die Worte:

„In dieser Situation tritt an uns die Frage heran: Wie wollen wir unsere großen politischen Aufgaben organisatorisch erfüllen? Vor uns steht die Aufgabe, alle revolutionären Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert in den Betriebsgruppen der RGO, zu registrieren.

Wir müssen unsere Ängstlichkeit ablegen und von der Ausgabe von Karten zur Herausgabe von Mitgliedsbüchern übergehen. Mit der Herausgabe von Mitgliedsbüchern und der Kassierung und Registrierung müssen auch andere organisatorische Maßnahmen eingeleitet werden.“

Der Russe Losowski, der Führer der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, hatte schon in dem Jahrzehnt 1920—1950 nichts unversucht gelassen, die Gewerkschaften Deutschlands und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu zerschlagen.

Die Zerreißung der deutschen Gewerkschaften begründete dann Thälmann ausdrücklich mit den Worten:

„Die Kommunistische Partei wird und muß gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale die große geschichtliche Mission in Angriff nehmen und lösen.“

Die Einheit der Arbeiterschaft zu sprengen, ist also eine geschichtliche Mission!

Diese Parole wurde ausgegeben vier Wochen vor dem eindrucksvollen Aufmarsch der 150.000 Berliner Metallarbeiter gegen den geforderten Lohnabbau der Metallindustriellen. —

Auf die Führung und Entscheidung des großen und gewaltigen Kampfes der Metallarbeiter hat die RGO, trotz aller Anstrengungen auch nicht den geringsten Einfluß gewinnen können.

Wie unverantwortlich und dumm zugleich wirkt das Flugblatt der RGO, gerichtet an die Boten der Siemenswerke:

„Streiknachrichten der Boten in Siemensstadt.

Gestern morgen sind auf Beschluß der Botenversammlung 120 Boten in den Streik getreten. Die Boten aus den Werken stellen folgende Forderungen auf und sind gewillt, unter Führung der RGO, den Kampf siegreich zu Ende zu führen:

Forderungen der Boten:

1. Sechstundentag bei vollem Lohnausgleich.
 2. 4 Wochen Urlaub für alle Jugendlichen.
 3. Abschaffung der Strafen und Überstunden.
 4. Anerkennung der Vertrauensleute.
 5. Folgendes Einheitslohn: von 14—16 Jahren 18 Mark, von 16—18 Jahren 20 Mark Wochenlohn.
 6. Anreichende Toiletten für die Boten im Werker.
 7. Bessere Essen und Bereitstellung von Bestecken.
 8. Unentgeltliche Lieferung der Botenkleidung.
 9. Unentgeltliche Lieferung der Botenkleidung.
- Außerdem fordern die Boten die Absperrung des Botenechtes Mallon.

Boten und Lehrlinge aus den anderen Werken!

Wir fordern Euch auf, für Eure Forderungen in den Streik zu treten.

Boten! Leistet keine Streikbrucharbeit! Stärkt die Streikfront!
Die Streikleitung der Boten
RGO-Jugend der Boten.“

Unentgeltliches Haarschneiden und die Bereitstellung von Bestecken sind also auch revolutionäre Forderungen. Wie lächerlich würde doch eine große Bewegung in den Augen der Unternehmer werden, wenn diese „revolutionären“ Strategien die Arbeiterschaft einmal führen sollten.

Nach Beendigung des Metallarbeiterstreiks, der durch eine Urabstimmung der beteiligten Arbeiter abgebrochen wurde, hat man in Berlin den Anfang zur Gründung kommunistischer Gewerkschaften gemacht.

Am 4. November wurde von den Kommunisten der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“ aus der Taufe gehoben.

Die Herren Borsig, Siemens und Oppenheimer, diese Führer der Metallindustriellen, werden die Helfershelferdienste der Kommunisten mit Dank quittiert haben.

Wie recht hatte doch die der Schwerindustrie zu Diensten stehende sozialreaktionäre „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 56 vom 3. Februar 1930 als sie schrieb:

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“

Jeder Arbeiter, der den Kommunisten bisher noch Ehrlichkeit und revolutionären Tatendrang zuerkannte, muß nach dem jüngsten Verhalten dieser Schädlinge der Arbeiterbewegung sich zur Aufgabe machen, dem Arbeiterverrat der Beauftragten Moskaus entgegenzutreten.

Das Leben und die Zukunft der deutschen Arbeiter darf nicht länger ein Spekulationsobjekt russischer Politiker und deren gehorsamen deutschen Handlanger sein.

Kommunisten und Nationalsozialisten sind heute die Bundesgenossen der Sozialreaktion und der schwarz-weiß-roten Konterrevolution.

Niemals hätten die Befürworter des alten Untertanenstaates Wilhelms II. wieder so frech sich herauswagen können, wenn nicht durch den von Kommunisten organisierten Kampf Arbeiter gegen Arbeiter, viel proletarische Kraft und Energie nutzlos vertragen worden wäre.

Treffend hat der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Herr August Thälheimer, in der rechtskommunistischen „Arbeiterpolitik“ die Rolle, die die Kommunisten in Deutschland spielen, aufgezeigt. Kurz vor der Reichstagswahl schrieb er:

„Im Bürgertum rechnet man auf einen starken kommunistischen Wahlerfolg als Hebel, um die Entwicklung in der

Richtung der faschistischen Diktatur zu beschleunigen. Und in den faschistischen und militarischen Kreisen stellt man offensichtlich einen kommunistischen Putsch in Rechnung, der erlauben soll, zur offenen Gewalt, zum systematischen Terror zu greifen. Die gegenwärtige Taktik der Partei erleichtert nur zu sehr solche bürgerliche Spekulationen."

Wie im alten, so haben auch im neuen Reichstag die Deutschenationalen und Hakenkreuzler ihre Aktionen gegen die Demokratie und gegen die Interessen der Arbeiterschaft so gestaltet, daß sie von vornherein die N. u. R.-Demonstrations-Politik der kommunistischen Abgeordneten in ihre eigene politisch-reaktionäre Kalkulation einstellten. In keiner für die Arbeiterschaft entscheidenden Frage haben die Kommunisten ein einzigesmal ehrlich versucht, unter den gegebenen Machtverhältnissen im Parlament das zu erreichen, was in vielen Fällen zu erreichen war, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten geschlossen aufgetreten wären. Durch ihre „Entlarvungstaktik“ wollten sie nur die Sozialdemokraten in den Augen der proletarischen Wähler herabsetzen. Das auch im Reichstag für die Arbeiterschaft Erreichbare war für die Kommunisten eine Angelegenheit von ganz untergeordneter Bedeutung.

Gehässiger Fraktionskampf ist für die Kommunisten wichtiger als Dienst und Arbeit an der notleidenden Menschheit.

Keine Phrase und keine noch so lang abgefaßten Entschleunigungen und Thesen der Kommunisten ändern an dieser feststehenden Tatsache auch nur das allergeringste. Mit den Erwerbslosen treiben die Kommunisten schon seit Jahren eine unverantwortliche Politik. Ihre Demonstrationsanträge zur Erwerbslosenfrage im Reichstag haben den ausgesprochenen Gegnern eines gesetzlichen Erwerbslosenschutzes den Kampf außerordentlich erleichtert gegen jeden Ausbau der Arbeitslosenversicherung. Die Erwerbslosen waren bisher schlecht beraten, wenn sie glaubten, daß die Kommunistische Partei sich jemals ernsthaft für den Schutz und die Unterstützung der Opfer unserer Wirtschaftskrise einsetzen würden.

Die amtliche Reichstagsdrucksache über die 336. Sitzung des Reichstags vom 7. Juli 1927 gibt Aufschluß. Der in Sachsen gewählte Abgeordnete Rädcl gab bei der dritten Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Auftrag seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab. Die Sozialdemokraten haben einen neuen Verrat an der Arbeiterklasse vollzogen, da sie rühmen sich, daß durch ihre Initiative die Schaffung der Erwerbslosenversicherung erreicht worden sei.“

Indem die Sozialdemokratie mit ihren 153 Abgeordneten für das Arbeitslosenversicherungsgesetz stimmte, gelangte das Gesetz zur Annahme und damit kamen die Erwerbslosen in den Genuß einer gesetzlich gewährleisteten Arbeitslosenunterstützung. Wäre das Gesetz abgelehnt worden, dann hätten die Erwerbslosen niemals gesetzlichen Anspruch auf Hilfe gehabt.

Aus diesem Verhalten, der Sozialdemokratie Verrat an der Arbeiterklasse vorzuerwerfen, blieb den Kommunisten vorbehalten, die sich immer aufspielen als ob sie allein die Interessen der Erwerbslosen vertreten.

Die Kommunisten übten Verrat an den Arbeitslosen.

In namentlicher Abstimmung stimmte die gesamte kommunistische Reichstagsfraktion gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Aus der folgenden, der Reichstagsdrucksache vom 7. Juli 1927 entnommenen Abstimmungsliste geht das klar und deutlich hervor.

Reichstag. — 336. Sitzung, Donnerstag den 7. Juli 1927

Kommunistische Partei

Name	1. 2.		Name	1. 2.	
	Abstimmung			Abstimmung	
Frau Krenshof	Nein	Nein	Dr. Neubauer	Nein	Nein
Berg	Nein	Nein	Oberndief	Nein	Nein
Böbla	Nein	Nein	Ufficker	frank	frank
Buchmann	Nein	Nein	Frau Plum (Düssel-	—	—
Creutzburg	Nein	Nein	dorf)	—	—
Dengel	Nein	Nein	Lug	Nein	Nein
Höron	Nein	Nein	Rädel	Nein	Nein
Geßke	Nein	Nein	Remmele	—	—
Hedert	—	—	Hofenbaum	Nein	Nein
Höllner	Nein	Nein	Schneider	Nein	Nein
Boerke	Nein	Nein	Strocker	Nein	Nein
Jacobsh	Nein	Nein	Strögel	Nein	Nein
Kenzler	Nein	Nein	Fähmann	—	—
Koenen	Nein	Nein	Zorgler	Nein	Nein
Meyer (Franken)	Nein	Nein	Wierath	frank	frank
Münzberg	Nein	Nein	Wier (Düsseldorf)	Nein	Nein
Rebbermeier	Nein	Nein	Frau Zeffin	—	—

In den Jahren 1929 und 1930 haben die Bürgerlichen wiederholt Vorstöße unternommen, die Arbeitslosenversicherung abzuhängen. Es ist lediglich das Verdienst der Sozialdemokratie, daß Hugenberg und seine Getreuen das gesteckte Ziel bisher nicht erreichen konnten. Hätten die Sozialdemokraten im Reichstag sich die kommunistische Taktik zu eigen gemacht, dann wären bei steigender Wirtschaftskrise die Arbeitslosen den Nöten unserer Zeit schutzlos ausgeliefert. Im Herbst 1929 war es die Sozialdemokratie, die unter Führung ihres Arbeitsministers Rudolf Wissell die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in schwerem Kampf gegen die kapitalistischen Parteien erfolgreich verteidigen konnte.

Die unsadlichen Angriffe der Kommunisten gegen Wissell wurden von den bürgerlichen Parteien mit Freuden quittiert. Schon lange richtete sich die Wut der Sozialreaktion gerade gegen den sozialdemokratischen Arbeitsminister.

Wissell ging und Stegerwald kam!

Heute herits weiß jeder Arbeiter, was gerade Wissell als Arbeitsminister für den Schutz der erwerbslosen Proletarier getan hat. Der Unterschied zwischen dem Arbeitsminister Wissell und dem Minister Stegerwald muß auch dem einfältigsten Kommunisten endlich zum Bewußtsein kommen.

Wissell ging, weil er nicht an der Arbeitslosenversicherung rütteln ließ. Stegerwald kam und machte sich zum Fürsprecher der Lohn- und Gehaltsabbau-Aktionen.

Unter Stegerwald wurde auf Grund des § 48 jene Notverordnung erlassen, die den Erwerbslosen und Kranken bisher gesetzlich gewährleistete Rechte nahm.

In dieser Zeit einer Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Sozialdemokratie ihre erste Aufgabe darin gesehen, den Ärmsten der Armen, den erwerbslosen Proletariern, den gesetzlichen Arbeitsschutz zu erhalten. Gewiß sind noch lange nicht alle sozialen Forderungen erfüllt. Wenn aber in dem armen Deutschland der Nachkriegszeit der Soziallet immer mehr ausgebaut wurde, so ist das nur der Sozialdemokratie zu danken.

Folgende Zahlen geben Aufschluß:

Der gesamte Sozialaufwand des Deutschen Kaiserreichs betrug in dem Friedensjahr 1913 1374,2 Millionen, der Sozialaufwand der Deutschen Republik im Jahre 1929 2368,5 Millionen Mark.

Im Jahre 1913 war in dem Etat des Deutschen Kaiserreichs nicht ein Pfennig für die Arbeitslosenversicherung eingestellt. In dem Arbeitslosenversicherung 22,4 Millionen Mark, im Jahre 1929 1538,6 Millionen Mark angefordert.

Das von Bismarck im Jahre 1884 im Reichstage gesprochene Wort, daß das bilden Sozialpolitik, was wir haben, nur aus Angst und Furcht vor der Sozialdemokratie gemacht wurde, hat auch heute noch seine Berechtigung.

Die deutsche Sozialpolitik, beeinflusst von der Sozialdemokratie, kann durchaus in Konkurrenz treten mit derjenigen Sowjetrußlands. Trotz des vielgepriesenen Fünfjahresplans ist Sowjetrußland bisher nicht Herr geworden seiner Wirtschafts- und Erwerbslosennot. In den russischen Städten werden allein über 600 000 Erwerbslose gezählt. Es ist die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Lande aber weit höher, nämlich auf über drei Millionen geschätzt worden; doch liegen bisher nur schwankende, ungenaue Daten vor. In einem Artikel in der „Iswestija“ vom 6. Oktober 1930 heißt es:

„An den Arbeitsbörsen der Sowjetunion sind gegenwärtig rund 600 000 Arbeitslose gebucht. Es ist klar, daß diese „Arbeitslosen“ angesichts des Mangels an qualifizierten und nicht-qualifizierten Arbeitskräften zum großen Teil Personen sind, die aus diesem oder jenem Grunde die ihnen angewiesene Arbeit nicht übernehmen wollen. Eine vom Zentralrat der Sowjetgewerkschaften einberufene Konferenz hat beschlossen, sofort die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung an solche Personen einzustellen, die die ihnen von den Arbeitsbörsen zugewiesenen Arbeitsstellen ablehnen oder einen Berufswechsel nicht vornehmen wollen. Gleichzeitig verlieren das Recht auf Arbeitslosenunterstützung Personen, die ohne Zustimmung der Wirtschaftsstellen und Gewerkschaftsverbände ihre Arbeit verlassen haben oder wegen Verletzung der Betriebsordnung entlassen worden sind. Arbeitslose, die auf eigenen Wunsch mit Einverständnis der Wirtschaftsorgane und Gewerkschaftsverbände ihre Arbeitsstelle verlassen haben, erhalten Arbeitslosenunterstützung erst drei Monate nach dem Entlassungstage. Arbeitslosenunterstützung bei Dienstboten beträgt ein Viertel des Durchschnittslohnes, ist jedoch nur dann zu zahlen, wenn in der betreffenden Gegend kein Mangel an nichtqualifizierten Arbeitskräften herrscht.“

Wenn in Deutschland derartige Anordnungen getroffen worden wären, wie in Sowjetrußland, dann würden die Kommunisten über den Raub der Freizügigkeit der Arbeiter in stärkster Entrüstung machen. Die Auslassungen der „Iswestija“ haben aber den Beweis erbracht, daß auch in Sowjetrußland wie in den anderen Ländern die Arbeitslosenfrage zur Zeit eines der ernstesten Probleme ist. Wenn kommunistische Abgeordnete sich dann dazu aufschwingen und bestreiten, daß in Sowjetrußland ein Heer von Erwerbslosen vorhanden ist, dann zeigt das die ganze Unehrllichkeit oder auch Dummheit solcher „Führer“ an.

In der Sitzung des Sächsischen Landtages vom 23. Juli 1930 erklärte der kommunistische Abgeordnete Siegel:

„In Moskau gibt es überhaupt keine Arbeitslosigkeit . . .“ (Zwischenruf aus den Reihen der SPD: „Woher kommen denn dann die amtlich nachgewiesenen 3 Millionen Erwerbslosen?“) Abgeordneter Siegel (fortfahrend): „Das sind geborene Faulenzer! (Stürmischer Protest der Sozialdemokraten.)

Eine Gegenüberstellung der Ausführungen des Abgeordneten Siegel mit denen der „Iswestija“ zeigt allen deutschen Arbeitern, wie die Kommunisten mit Lügen und falschen Behauptungen arbeiten. Interessant ist, daß Herr Siegel die Erwerbslosen Rußlands als geborene Faulenzer bezeichnet. Bei den Kämpfen um die deutsche Arbeitslosenversicherung hat es nicht an Stimmen

gefehlt — Stimmen von Sozialreaktionären —, die auch deutschen Arbeitslosen das Prädikat von Faulenzern anzuhängen versuchten.

An dem Tage, wo die Kommunistische Partei im Interesse der arbeitenden Klasse praktische Politik treiben würde, würde ihre Existenz in Frage gestellt sein. Ihre unverantwortliche Politik verschleierte sie heute durch scheinradikale Phrasen und Manöver — und die armen Proletarier zahlen die Kosten. Seit ihrem Bestehen (Dezember 1918) hat sie wirklich positive Leistungen für das deutsche Proletariat nicht vollbringen können. Früher oder später werden auch die kommunistischen Arbeiter Redehandschaft von der deutschen Sektion der 3. Internationale fordern.

Kommunisten sind wie die Nationalsozialisten Feinde des Weltfriedens.

Als am 11. November 1918, mittags 12 Uhr, das Gebrüll der Geschütze verstummte und nach über vier Jahren Krieg die Männer an den Fronten aus ihren dreckigen Löchern und Gräben befreit wurden, da lag auf den Lippen der Frontsoldaten, und zwar der Mannschaften wie auch der Offiziere, nur ein Wort:

Frieden und Arbeit.

Selbst die Etappenstrategen, die sich heute in den militärischen Verbänden tummeln und in Revanche machen, waren kleinlaut und wagten nicht gegen die alles umfassende Friedensbewegung anzugehen.

Waffenstillstand, Friedensvertrag waren die Lösungen der Herbsttage des Jahres 1918.

Die Sozialdemokratie, getragen von dem Vertrauen der Mehrheit aller Schaffenden, machte sich sofort an das Friedenswerk. Im Bunde mit den sozialistischen Parteien der sozialistischen Arbeiterinternationale wurden die Wege geebnet zu einer Verständigung und Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner. Stresemanns außenpolitische Erfolge, die in der Krönung der befreiten Rheinlande gipfelten, waren überhaupt erst durch die rastlose Vortarbeit der Sozialdemokratie auf internationalem Gebiet möglich. Von Anfang an standen die Kommunisten auf Geheiß Sowjetrußlands der von der Sozialdemokratie geführten Außenpolitik der Verständigung nicht nur teilnahmslos, sondern feindlich gegenüber. Nicht zuletzt wurde dadurch den deutschen Nationalisten ihr unverantwortliches Treiben wesentlich erleichtert.

Rußland hat aus eigenen außenpolitischen Gründen kein Interesse an einer Annäherung der europäischen Staaten.

Je verwickelter die politische Lage der europäischen Staaten ist, je länger die Zwistigkeiten andauern oder sich verschärfen, glaubt Sowjetrußland den Weg zur „alibefreienden Weltrevolution“ zu finden. Was aus dem westeuropäischen Proletariat werden soll, das interessiert Moskau und seine gehorsamen Diener herzlich wenig.

Die Katastrophenpolitik Sowjetrußlands im Hochinflationenjahr 1923.

Just um dieselbe Zeit, da der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Außenpolitiker Graf zu Reventlow in dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, in der „Roten Fahne“, seine Artikel zur außenpolitischen Situation Deutschlands veröffentlichte, trug sich der Kommunist Radek mit revolutionär-kriegerischen Plänen.

Werden jemals die außenpolitischen Ziele Sowjetrußlands Wirklichkeit, dann wird Deutschland das Aufmarschgebiet und der Kampfplatz Rußlands gegen die westeuropäische Mächtegruppe, geführt von Frankreich und England.

Das will die Sozialdemokratie im Interesse des gesamten deutschen Proletariats nicht.

Ein neuer Krieg, gleichviel aus welchem Anlaß, würde Deutschland und ganz Europa namenloses Elend bringen und die Proletarier diesseits und jenseits des Rheins, diesseits und jenseits der Weichsel würden, wie immer, die Hauptleidtragenden sein.

Darum geht die Sozialdemokratie trotz aller bolschewistischen und faschistischen Angriffe ihren einmal beschrittenen Weg zum Weltfrieden unbeirrt weiter.

Der außenpolitische Druck, der 1923 so schwer auf Deutschland lastete, ist im Jahre 1930 infolge der so viel geschmähten Verständigungspolitik fühlbar geschwunden.

Einige Beispiele werden die Herren Thälmann, Hugenberg und Hitler schon gelten lassen müssen.

1925: Die Besetzung des Ruhrgebiets, der Städte Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenburg in Baden durch die Entente.

1930: Das Rheinland und die Pfalz frei.

1923: Infolge des Einmarsches der Ententetruppen ein Anwachsen der Separatistenbewegung in der Rheinprovinz und in der Pfalz.

1930: Mit der Befreiung der Rheinlande ist die Separatistenbewegung für Deutschland eine geschichtliche Angelegenheit geworden.

Und wie steht es mit den Reparationszahlungen Deutschlands?

Im Jahre 1921 forderte die Entente durch das Deutschland auferlegte Londoner Ultimatum eine Zahlung von 132 Goldmilliarden. Nach der Ratifizierung des Dawes-Planes im Jahre 1924 war wiederum eine bedeutende Erleichterung für Deutschland erreicht worden. Nach dem Londoner Ultimatum sollte Deutschland in dem Jahre 1924/25 nicht weniger als drei Milliarden zahlen. Nach dem Dawes-Plan 200 Millionen. Für das Jahr 1926 sah das

Londoner Ultimatum eine Zahlung von vier Milliarden vor; der Betrag wurde auf 1,22 Milliarden herabgesetzt. Nach dem Dawes-Plan sollte das erste „Normaljahr“ ab 1. September 1928 in Kraft treten. Der Dawes-Plan sah für das „Normaljahr“ 1928/29 eine Zahlung von 25 Milliarden vor, während nach dem Londoner Ultimatum Deutschland fünf bis sieben Milliarden Mark zahlen sollte.

Der Young-Plan.

Am 11. Februar 1950 trat der Reichstag in die Beratung der fünf Young-Gesetze ein. Der Weg vom Londoner Ultimatum 1921 bis zur Annahme der Young-Gesetze zeigt jedem vorurteillosen Menschen, was die Verständigungspolitik unter Führung der Sozialdemokratie erreicht haben. In einer Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius kam das klar zum Ausdruck. Er sagte:

„An Stelle der unbegrenzten Verpflichtungen des Dawes-Planes ist die Festsetzung einer endgültigen Schuldsumme und eines Endtermins für die Zins- und Ratenzahlung erreicht. Die alte Kapitalschuld des bisher immer noch geltenden Londoner Ultimatus aus dem Jahre 1922 wird gestrichen. Die neue Kapitalschuld nach dem Young-Plan beträgt 34,5 Milliarden. Ohne Berücksichtigung des Wohlstandsindex des Dawes-Planes ist die durchschnittliche Jahreslast des Young-Planes um rund 80 Millionen RM. niedriger als die Normal-Jahresleistung des Dawes-Planes.“

Das Zustandekommen des Young-Planes ist die Voraussetzung für die endgültige Befriedung der besetzten Gebiete.“

Mit 265 gegen 192 Stimmen wurden die Young-Gesetze vom Reichstag angenommen. Kommunisten und Nationalsozialisten sowie die Deutschnationalen um Hugenberg stimmten gegen die Zahlungserleichterungen für Deutschland. Wer den Erfolg der Verständigungspolitik noch immer nicht erkennen kann, der sollte nur die Forderung der Entente vom Jahre 1921 (132 Milliarden Goldmark) mit der im Young-Plan festgesetzten Kapitalschuld von 34,4 Milliarden Mark vergleichen.

Auch der Young-Plan ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss.

Auch dieser Plan wird einmal revidiert werden, je gründlicher und konsequenter Deutschland die nationalistische Katastrophentherapie der Kommunisten und Faschisten bekämpft. Auch in Zukunft bleibt gerade im Interesse der Arbeiterschaft kein anderer Weg. Das, was heute in Deutschland an wirtschaftlichen und finanziellen Nöten vorhanden ist, ist neben der Krise des Monopolkapitalismus nicht zuletzt eine Folge des verlorengegangenen Krieges. Eines Krieges, zu dem die Reaktion, die heute die Republik und die Rechte der Arbeiter beseitigen will, förmlich gehetzt hatte. Und die Kommunisten leisten dieser Gesellschaft Vorgespanndienste. Das beweist:

die kommunistische Programm-Erklärung „Zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“.

Am 24. August veröffentlichte die „Rote Fahne“ im Auftrage des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Deutschlands einen Aufruf, der in seinem ganzen Inhalt kaum zu unterscheiden ist von den Programmklärungen der Nationalsozialisten. Wie Hitler die Sozialdemokraten fortgesetzt des Hoch- und Landesverrats bezichtigt, so spricht auch der kommunistische Wahlaufdruck von Sozialdemokraten als „freiwillige Agenten des französischen und polnischen Imperialismus“. Wie die Faschisten, so erklärten auch die Kommunisten wörtlich in ihrem Aufruf:

„Wir erklären fernerlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versäulter Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.“

Und wie steht es mit Rußland?

Schon im August 1927 hat die antikapitalistische Sowjetregierung den Verkauf ihrer Anleihen ins Ausland freigegeben, um — wie sie selbst zum Ausdruck bringt — der Nachfrage seitens der Ausländer genügen zu können. Sie stellt als Bedingung, daß die betreffenden Obligationen in Auslandswährung bezahlt werden. Es wird für die Ausländer ausdrücklich die Valutaklausel bestätigt, die in den Originalurkunden nicht enthalten ist. Vielmehr bedarf es dazu eines besonderen Zertifikates (Bescheinigung), nur auf Grund dessen Zahlungen auf der Basis 1 Tschervonetz = 10 Rubel = 7,74 g Gold geleistet werden.¹⁾

Diese Tatsache zeigt, daß nach das „antikapitalistische“ kommunistische Sowjetrußland Geschäftsverbindungen mit kapitalistischen Ländern aufnehmen muß. Es ist ferner eine Bestätigung dafür, daß Sowjetrußland aus eigener Kraft und nach seinen eigenen wirtschaftlichen Grundsätzen seiner Finanzmisere nicht Herr wird.

Zur Frage des von Italien annektierten Südtirols heißt es in dem kommunistischen Aufruf:

„Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.“

Diese nationalistischen Tiraden stehen doch zu sehr im Gegensatz zu den Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen, die Sowjetrußland unter dem Beifall der deutschen Kommunisten gegen Georgien bis auf den heutigen Tag anwendet.

Haben die kommunistischen Verteidiger Südtirols vergessen, daß am 11. Februar 1921 die Sowjetarmee ohne jeden Grund in die freie und selbständige Republik Georgien einrückte?

Das sozialdemokratisch regierte Georgien wurde nach blutigen Metzeleien von Sowjetrußland am 21. Februar 1921 annektiert

¹⁾ „Berliner Tageblatt“ Nr. 80 vom 16. Februar 1928.

Die Kommunisten befreien Fememörder!

In der Früh Sitzung des Reichstages am 19. Oktober wurde der Gesetzentwurf des volkskonservativen Abgeordneten v. Lindeneir-Wildau zur

Änderung des Gesetzes über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 in namentlicher Abstimmung mit 394 gegen 147 Stimmen angenommen. Nur die Sozialdemokraten und sieben Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei stimmten gegen die Freilassung des Fememörders Klapproth und des vielmals wegen krimineller Dinge vorbestraften Rudolf Margies. Klapproth war an mehreren Fememorden beteiligt und hatte noch bis zum Jahre 1940 seine Strafe zu verbüßen. Das Schwurgericht in Landsberg a. Warthe sagte in seiner schriftlichen Urteilsbegründung:

„Bei der Tat hat Klapproth eine so unmenschliche Rohheit an den Tag gelegt, daß dadurch alle Milderungsgründe wettgemacht werden. Wenn er Bösching verhindert hat, Gröschke bereits in der Zelle niederschlagen, so geschah das nicht etwa aus einer Regung des Mitleids heraus, er wollte es lediglich vermeiden, daß die Zelle mit Blut besudelt und die Tat sofort entdeckt würde. Dann schleppte Klapproth den zerschundenen, kaum mehr seiner Sinne Mächtigen, zum Tode, wie man ein Tier zur Schlachtbank schleppt. Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke, daß die ganz unbestätigten Vorwürfe für die Verräterei, für die Gröschke den Tod erliden sollte, vielleicht unbegründet sein könnten. Er dachte nicht daran, daß man dem Opfer noch eine letzte Gelegenheit geben müßte, sein Gewissen zu erleichtern und um Gnade zu flehen. Seine Morllast war geweckt und er wollte ihr fröhnen.“

Und der „revolutionäre“ Klassenkämpfer Margies?

Margies ist ein fünfzehmal wegen schwerer Eigentumsdelikte vorbestrafter gewerbsmäßiger Einbrecher. Er hat bis zur Revolution über 20 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern gesessen. Seine höchste Einzelstrafe betrug zehn Jahre Zuchthaus wegen zwölfmaligen bewaffneten Einbruchdiebstahls im Rückfalle. Seine „revolutionären Taten“ bestanden darin, daß er drei Polizisten niederknallte. Diesen gewerbsmäßigen Verbrecher begrüßen die Kommunisten als „revolutionären“ Kämpfer.

Der neue Parteipastor der KPD, Heinz Neumann, begrüßte den „tapferen“ Kameraden mit den Worten:

„Du hast deine letzte Tat noch nicht vollbracht. Auf dich warten noch große Aufgaben und wir erwarten, daß du sie erfüllen wirst.“

Verbrecher und Mörder werden amnestiert. Klapproth, Heines, Margies werden als Helden und Kämpfer gefeiert. Als Präsident Löbe die Annahme des Gesetzes über die Straffreiheit verkündete, da rief der Fememörder Heines in den Saal: „Heil!“ Und nationalsozialistische Abgeordnete beglückwünschten demonstrativ durch Händedruck den Landarbeiter-Mörder Heines. Die Kommunisten brachten auf den „Klassenkämpfer“ Margies ein dreifaches „Rot Front“ aus.

Zur selben Stunde aber hielt Sowjetrußland in seinen Konzentrationslagern 166.000 Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre gefangen.¹⁾ Keine Amnestie wird diesen Opfern bolschewistischer Gewaltherrschaft die Freiheit bringen.

Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Sozialistengesetzes niemals von ihren politischen Gegnern Amnestie gefordert.

Den Klassenfeind mit allen Mitteln bekämpfen und nach den Totdefinden Amnestie und Gnade fordern blieb einer „revolutionären“ Partei, blieb den Kommunisten vorbehalten.

Arbeiter, laßt euch nicht länger betören und mißbrauchen!

Der Kampf gegen die Reaktion kann nur erfolgreich sein, wenn sich das Proletariat endlich von den sich wohl revolutionär gebärdenden, in Wirklichkeit der Reaktion Helferdienste leistenden Zerplitterern der deutschen Arbeiterbewegung lossagt. Auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet haben die Proletariat in nächster Zeit große Aufgaben zu erfüllen. Nicht mit gebrochener und undisziplinierter Front werden Arbeiterrechte erkämpft, sondern in der Einheit der Aktion und im Vertrauen auf die gerechte Sache des Proletariats liegt der Erfolg. Eine Partei, die nach dem Bekenntnis ihres verstorbenen Führers Lenin vor Lügen und Verleumdungen des Gegners nicht haltmachen darf, kann niemals dazu berufen sein, die Arbeiterschaft zu führen. Die Sozialdemokraten lehnen die bolschewistischen Kampfmittel ab, die Lenin in seiner Broschüre „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus im Kommunismus“ empfiehlt:

„Man muß es verstehen, all den Widerstand zu leisten, sich durchaus zu jedem Opfer zu entschließen und — sogar alle möglichen Listen, Schlaueit, illegale Methoden, Verschwörungen, Verheimlichung der Wahrheit anwenden . . .“

Die aufgeklärten Arbeiter haben in der Vorkriegszeit mit Entrüstung diese Methoden zurückgewiesen. Mit diesen Mitteln kann man wohl die Massen verhetzen, aber man verstündigt sich zugleich auch an ihnen. Klassenkämpfer erzieht man bestimmt nicht durch die Anwendung vorgeannter Leninistischer Grundsätze. Wirbt man mit ihnen etwa tren zu Organisation stehende Kämpfer? Darüber bringt die russische Zeitung „Prawda“ vom 25. Oktober 1950 in ihrem Bericht über den Stand der einzelnen kommunistischen Landesparteien eine recht beweiskräftige Aufklärung:

	Mitgliederbestand:	
	1928	1950
Deutschland	124 729	124 000
Tschechoslowakei	150 000	35 000
Frankreich	52 576	38 240
England	9 000	5 200

Die Kommunistischen Parteien klagen in ihren Organisationsen von Jahr zu Jahr über Mitgliederrückgang. Die Sozialdemokraten dagegen erstarbt organisatorisch. Wenn bei Wahlen durch dema-

¹⁾ Nach Mitteilungen des russischen Genossen R. Abramowitz.

gogische Aufpeitschung aller Leidenschaften noch viele Arbeiter kommunistisch wählen, so werden auch diese Wähler endlich erkennen müssen, daß durch eine leere Demonstrationspolitik den Interessen der Arbeiterschaft entgegengehandelt wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat von Kindesbeinen an mit der Wirklichkeit rechnen gelernt — sie ist in jungen Jahren schon mit einer realisierbaren Sozialpolitik, mit einer vom Marx'schen Geiste getragenen Arbeiterschutzpolitik hervorgetreten —, aber sie ist stets von den weithin leuchtenden Idealen Wilhelm Liebknechts besetzt gewesen: von Idealen, für die der „Soldat der Revolution“ im Leipziger Hochverratsprozeß diesen packenden Ausdruck fand:

„Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einzige Deutschland und die Emanzipation (Befreiung) des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich mein ganzes Leben lang nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht!“

Die Pflicht ruft auch die heutige Generation auf den Plan. Für die Einheit der Arbeiterbewegung zu kämpfen, muß die Aufgabe aller wirklichen Klassenkämpfer sein. Nur mit der Sozialdemokratie wird die arbeitende Klasse ihre historische Mission erfüllen, die Menschheit aus politischer und ökonomischer Knechtschaft zu befreien.

1930

Einbandentwurf: Will Faber, Berlin

Druck: Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei G.m.b.H., Nürnberg

Rußland, ein Paradies?

Ueber das von den Kommunisten als so schön geschilderte Sowjetreich bringen die folgenden Schriften einige bittere Wahrheiten

R. Abramowitsch:

Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion 52 Seiten Mk. -60

Die „Welt am Montag“ schrieb über diesen Bericht:
„Es ist ein erschütterndes Bild, das Abramowitsch der europäischen Öffentlichkeit vorlegt.“

Peter Garwy:

Der rote Militarismus 48 Seiten Mk. -65

„Arbeiter-Zeitung“, Wien:
„An der Hand des authentischen Tatsachenmaterials schildert Garwy die inneren Umwandlungsprozesse, die in dem Sowjetstaate und in der Roten Armee vor sich gehen Die sachkundige Abhandlung ist ein aufschlußreicher Beitrag zur Erkenntnis des heutigen Rußland.“

Karl Kautsky:

Der Bolschewismus in der Sackgasse 152 Seiten kart. Mk. 2.40

„Die Bücherwarte“, Berlin:
„Kautskys neues Buch über Rußland muß von jedem denkenden Sozialisten gelesen werden. Es wird den sozialistischen Gedanken in hohem Maße anregen und bereichern.“

J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68